

1083 neue Mittelschüler

Statistik Insgesamt 1626 Schülerinnen und Schüler der Thurgauer Sekundarschulen haben sich dieses Jahr den Aufnahmeprüfungen an die Thurgauer Mittelschulen oder Berufsmaturitätsschulen gestellt. Dies teilt der Kanton mit. 1083 waren erfolgreich. 1327 Schülerinnen und Schüler haben die Prüfung an einer Mittelschule mit dem Ziel Gymnasium oder Fachmittelschule absolviert. Davon konnten 855 aufgenommen werden. 299 Kandidierende haben die Aufnahmeprüfung an die Berufsmaturitätsschulen absolviert. Von diesen haben 228 die Prüfung bestanden. Zudem wurden 296 Personen prüfungsfrei in die Berufsmaturität aufgenommen.

Bereits im Januar 2026 fanden die Aufnahmeprüfungen ans Gymnasium aus der 3. Klasse der Sekundarschule statt. Im März stellten sich die Schülerinnen und Schüler aus der 2. Sekundarschulklasse den Prüfungen. Ebenfalls im März fanden die Aufnahmeprüfungen an die Fachmittelschule für Schülerinnen und Schüler aus der 2. und 3. Sekundarschulklasse und die Aufnahmeprüfungen in die Berufsmaturitätslehrgänge statt. Alle Kandidatinnen und Kandidaten wurden im Aufnahmeverfahren in den Fächern Deutsch und Mathematik schriftlich geprüft. Ab einem Notendurchschnitt von mindestens einer 4 galt die Prüfung als bestanden. Eine zusätzliche Chance bekamen jene, die in den schriftlichen Prüfungen diesen Notendurchschnitt noch nicht, aber mindestens eine 3,5 erzielt hatten.

Die Aufnahmequote erreicht mit 64,43 Prozent an den Mittelschulen fast den gleichen Wert wie im Vorjahr mit 65,43 Prozent und liegt im langjährigen Durchschnitt. Aufgrund der Zunahme der Schülerzahlen auf der Volksschulstufe ist in den kommenden Jahren auch bei stabilen Aufnahmequoten mit steigenden Schülerzahlen an den Thurgauer Mittelschulen zu rechnen. (red)

Auflösung unseres Aprielscherzes

Thurgau In der Mittwochs Ausgabe berichtete diese Zeitung über die neueste Schoggihäsen-Kreation der Bäckerei und Konditorei Mohn, welche den Regierungsratsmitgliedern nachempfunden ist. Diese Meldung war zum 1. April frei erfunden. Wir wünschen Ihnen frohe Festtage, auch ohne Politik im Osternestli. (toh)

Journal

Geführte Wanderung nach Kaiserstuhl

Natur Der Verein Thurgauer Wanderwege lädt am 10. April zu einer viereinhalbstündigen Wanderung von Buchberg (SH) nach Kaiserstuhl (AG) ein. Treffpunkt ist um 9.30 Uhr an der Bushaltestelle «Kirche» in Buchberg. (red)



Am Mittwochmorgen haben sich rund 100 Leute beim Sämannsbrunnen vor dem Frauenfelder Rathaus versammelt. Sie fordern ein Frauenhaus für den Thurgau.

Bild: Andrea Tina Stalder

Wütende Frauen vor dem Rathaus

Am Mittwoch vor der Parlamentssitzung gab es eine Kundgebung. Die Forderung: ein Frauenhaus für den Thurgau.

Viviane Vogel

«Kei Frauehuus im Thurgau – schämde eu!», schallt es am Mittwochmorgen in Richtung Frauenfelder Rathaus. Rund hundert Demonstrierende haben sich beim Sämannsbrunnen versammelt und fordern, dass der Grosse Rat handelt. «Unsere Vorgängerinnen des Thurgauer Frauenstreiks haben sich bereits 1991 für Schutzstrukturen für gewaltbetroffene Frauen eingesetzt», schreiben die Organisatorinnen vorab in einer Nachricht an die Mitglieder des Grossen Rats.

«35 Jahr, es langed jetzt!», rufen sie deshalb. Passantinnen und Passanten sowie Mitglieder des Thurgauer Grossen Rats versuchen, sich an der Menschenmenge vorbeizugucken. Anwohner blicken grim-

mig aus ihren Fenstern und ziehen die Vorhänge zu.

Thurgau soll eine Mitträgerschaft eingehen

Konkret fordert das feministische Streikkollektiv Thurgau, welches zur Kundgebung aufgerufen hat, dass im Thurgauer Parlament eine parteiübergreifende Motion verabschiedet wird. Sie soll die Regierung beauftragen, dass der Kanton eine aktive Mitträgerschaft für ein Frauenhaus übernimmt.

Das OK-Mitglied Fabienne Forster sagt ins Mikrofon: «Im Kantonsrat wollen sie heute eine Interpellation zu häuslicher Gewalt beraten, falls sie es nicht schon wieder verschoben. Aber das reicht uns nicht.» Wenn der Thurgau kein eigenes Frauenhaus stemmen könne, etwa aufgrund der ländlichen Struktur

und vergleichsweise geringen Nachfrage, wie die Regierung in einer früheren Einfachen Anfrage geschrieben hatte, dann solle man sich mit Schaffhausen zusammenschliessen, wo es ebenfalls kein Frauenhaus gebe. Forster ruft: «Wir haben hier nicht einfach nur eine Lücke, das ist politisches Versagen.»

St. Gallen ächzt unter den vielen Fällen

Der Thurgau hat eine Leistungsvereinbarung mit dem Frauenhaus Winterthur. Doch auch andere Frauenhäuser ächzen unter der Nachfrage aus Kantonen ohne Schutzunterkünfte. Eine Vertreterin des St. Galler Frauenhauses spricht zu den Demonstrierenden: «Wir wünschen uns ganz dringend, dass der Thurgau auch ein Frauenhaus bekommt.» Das St. Galler Frauenhaus sei seit

vier Jahren chronisch überlastet, sodass neue schutzsuchende Frauen in Hotels untergebracht werden müssten. Die Vertreterin des Frauenhauses sagt: «Zusätzlich verstrickt uns der Thurgau auch noch dauernd in gerichtliche Prozesse, weil sie uns nicht bezahlen wollen für die Thurgauerinnen, die bei uns unterkommen.»

Eine halbe Stunde lang skandieren, buhen und pfeifen die Anwesenden. Auch Kantonsrätinnen und Kantonsräte mischen sich unter die Menge. Gesichter aus SP Thurgau, Mitte, Grüne und GLP zeigen sich an der Kundgebung und auch die Kreuzlinger SP-Nationalrätin Nina Schläfli ist da. Die Kantonsrätin Elna Müller (SP, Kreuzlingen) erregt gar das Mikrofon und sagt: «Mir ist klar geworden, dass der Thurgau

viel zu wenig macht für gewaltbetroffene Frauen.» Auch Aufrecht-Kantonsrat Robin Spiri bleibt stehen, liest die Plakate und betrachtet das Geschehen grinsend. Der Aufruf hat überdies schweizweite Aufmerksamkeit erhalten, so etwa von der Präsidentin der Grünen Schweiz, Lisa Mazzone.

Nach einer Schweigeminute für Femizid-Opfer und kurz nach Sitzungsbeginn des Grossen Rats um 9.30 Uhr löst sich die Menschenmenge auf. Im Rathaus wird ausgiebig über die Abschaffung des Frühfranzösischs im Thurgau diskutiert. Die Interpellation «Ermordet, weil sie Frauen sind! Im Thurgau – ein politisches Thema?» schafft es deshalb, wie von den Demonstrierenden befürchtet, nicht in die Beratung. Sie wird vertagt – wie bereits in der letzten Sitzung.

Motion steht im Widerspruch zum Bundesrecht

Ein Vorstoss über die Einbürgerung «besonders integrationswilliger Ausländer» scheitert krachend im Kantonsrat.

Tobias Hug

Werden Ausländerinnen und Ausländer, die bei ihrer Einbürgerung freiwillig den Pass ihres Herkunftslandes abgeben, um sich ihrer neuen Heimat zu verpflichten, die besseren Schweizer? Diese Frage entspringt der Motion der beiden Erstunterzeichner Christian Caviezel (EDU, Tägerwil) und Beat Stump (SVP, Buchackern) «Erleichterte Einbürgerung durch gesondertes Abstimmungsverfahren für Gesuche mit ausserordentlich motiviertem Integrationscharakter».

Der Vorstoss sieht vor, dem Modus operandi des hiesigen Einbürgerungsverfahrens eine weitere Kategorie hinzuzufügen. Derzeit werden Einbürge-

rungsgesuche in Gesuche von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern sowie in Gesuche von ausländischen Staatsangehörigen aufgeteilt. Über diese beiden Gruppen stimmt der Grosse Rat jeweils im Gesamten ab. Die Motionäre wünschen sich hier die Unterscheidung einer dritten Gruppe: Jene der «besonders motivierten, integrationswilligen ausländischen Bewerberinnen und Bewerber».

Doppelbürgerschaften haben ein «Gschmäckli»

Eine besondere Bereitschaft zur Integration liege aus ihrer Sicht vor, wenn die Geschwisterin oder der Geschwister sich verpflichtet, freiwillig seine vorherigen Staatsbürgerrechte abzugeben. Der Tenor der Vorstösser:

«Wer sich für die Schweiz entscheidet, braucht keine zweiten Pass als «Fallschirm»».

In der Überlegung der Vorstösser bestehe bei der Integration ausländischer Staatsangehöriger die Gefahr, dass es aufgrund einzelner «schwarzer Schafe» zu pauschalen Ablehnungen durch den Grossen Rat komme. Die könne die tatsächlich integrationswilligen Personen entmutigen, sich dem Einbürgerungsverfahren zu stellen. Damit diese Menschen nicht untergehen, sei es angebracht, sie in einer zusätzlichen Gruppe zur Abstimmung zu bringen.

Die Argumente der Vorstösser, insbesondere die Frage, wann Integration gelungen ist, überzeugen die Parteien nicht. Motionär Caviezel erhält einzig

von Parteikollege und EDU/Aufrecht-Fraktionspräsident Marcel Wittwer Schützenhilfe für das Anliegen. Jürg Wiesli (Dozwil) räumt im Namen der SVP zwar ein, dass Doppelbürgerschaften bei der Integration oft ein «Gschmäckli» hätten, doch eine neue Gruppe für das Verfahren löse dieses Problem nicht. Alessandra Biondi (SP, Frauenfeld) stellt im Namen ihrer Fraktion klar: «Integration ist keine einseitige Assimilation und setzt keine Leugnung einer Herkunft voraus.»

Zusätzliche Kosten und Aufwand

Auch die Regierung kann aus verschiedenen Gründen nichts mit dem Anliegen anfangen. Quasi als K.-o.-Kriterium argu-

mentiert Ruth Faller Graf: «Die Forderung steht im Widerspruch zum Bundesrecht.» Der Vorstoss sei mit den Grundsätzen des rechtsstaatlichen Handelns nicht vereinbar und verletze die Grundrechte auf Rechtsgleichheit und Willkürverbot.

Für gut integrierte ausländische Personen würde die Nutzung der neu vorgesehenen Möglichkeit nur zusätzliche Kosten und Aufwand mit sich bringen, notabene ohne Vorteile. In der Schlussabstimmung hat das Anliegen denn auch keine Chance: Gleich fünf Fraktionen stimmen geschlossen gegen die Motion ab und versenken diese mit 101 Nein-Stimmen zu 14 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.